

Was Menschen wollen ..., und erfüllt werden könnte?

Von Klaus Buschendorf

Liest und hört man unsere Massenmedien, so stehen für die Menschen Begriffe wie Freiheit, Selbstbestimmung, Ziele auf der Karriereleiter und Höchstleistung aller Arten im Mittelpunkt ihres Strebens. Das erinnert sehr an einen Sportplatz ... und Extremsportarten haben Hochkonjunktur. Damit einher geht die Überzeugung, dass jeder alles schaffen könne – er muss nur wollen. Und das wiederum verträgt sich gut mit Missachtung den Verlierern gegenüber, den „Losern“, wie man gerne neudeutsch sagt. Die werden dann beschimpft, weil sie die Segnungen unserer Gesellschaft nicht nutzen und auch nicht genießen können – aus Faulheit, Dummheit, Trägheit oder Gleichgültigkeit natürlich. Die Gesellschaft heute – ähnlich dem Sport, dem Spiel?

Halt! Wer denkt an die Grunderfahrung, dass zu jedem Gewinner auch Verlierer gehören, es ohne Verlierer keine Sieger geben kann? Ist man soweit in seinem Denken gekommen, entsteht die Frage: Was berechtigt den Sieger, über den Verlierer schlecht zu denken, ihn zu missachten, zu beschimpfen? Die Urerfahrung, dass Sieger und Verlierer eine Einheit bilden, dass Achtung beiden gebührt, steckt in den Menschen, liest sich aus den christlichen Werten des Abendlandes, ist Erbe der Aufklärungszeit Europas. Man erinnere sich der deutschen Klassik, was Lessing, Goethe und Schiller den Deutschen in ihren Werken zu sagen hatten! Und weil auch das in den Gedanken und Gefühlen der einfachen Menschen steckt, ist das Bild falsch, was uns heutige Massenmedien vermitteln wollen. Der Mensch ist eben nicht des anderen Menschen Wolf, er will mit dem anderen Menschen leben, mit ihm auskommen – und möglichst gut. (Und die üblichen kleinen „Schlechtigkeiten“ sind „das Salz in der Suppe“!)

Was also wollen die Menschen von der sie umgebenden Gesellschaft?

1. Sicherung ihrer Existenz,
2. Gerechtigkeit bei der Bewertung ihrer Handlungen und Leistungen,
3. ein überschaubares, sicheres Zusammenleben mit anderen Menschen und
4. stetiges, langsames Verbessern ihrer Lebensumstände.

Sind diese Bedürfnisse erfüllt, ist es nach meinen Erfahrungen den meisten Menschen völlig gleichgültig, in welchem Staatswesen sie leben, ob es sich Diktatur, Demokratie, Monarchie oder anders nennt. Alle anderen großen Ansprüche sind nicht mehr als eine Art „Zubrot“ – nicht schlecht, wenn man sie hat, aber: Hohen Stellenwert besitzen weiter führende Vorstellungen in der Regel nur für einzelne Personen.

Wären diese vier Anforderungen von einem Staatswesen schwer zu erfüllen (wenn es das wirklich wollte)? Betrachten wir sie nacheinander und vergleichen wir die Möglichkeiten.

Zu 1. Sicherung ihrer Existenz. Am schwersten hat es der heutige Arbeitslose. Je nach Autor sagt man heute, dass seine Existenzsicherung dem Staat heute zwischen 800 und 1100 Euro koste. Das ist ja nicht nur das berühmte „Hartz IV“, Eckregelsatz usw., dazu gehören ja auch Kosten für die Arbeitsämter, den Leuten, die dort als „Fallmanager“, Kontrolleure usw. arbeiten, die vielen „Qualifizierungsfirmen“ für die „in den Arbeitsprozess wieder Einzugliedernden“ ..., das soll erst mal genügen. Rechnen wir der Einfachheit halber

zunächst mit 1000 Euro. Wie könnte man die sparsamer ausgeben und doch den heutigen Effekt mindestens erreichen?

Gäbe man den ganzen Betrag dem Arbeitslosen, sozusagen als Entschädigungsleistung für das Versagen der Gesellschaft, ihm Arbeit zu verschaffen, wäre das eine neue Herangehensweise. Man spart an (eigentlich) unnötigen Arbeitskräften sämtliche staatlich unterhaltene „Qualifizierungsfirmen“, viele Kontrolleure in den Arbeitsämtern, welche die Arbeitslosen überprüfen müssen, ob sie auch nicht „betrügen“. Der Büroaufwand, die „Bedürftigkeit“ nachzuweisen, fiel ebenfalls komplett weg. Es müsste ja nur die Grundeinstellung des Staatswesens dafür vorhanden sein, dass die Existenzsicherung jedes Bürgers, also auch des Arbeitslosen, keine „Wohlfahrtsangelegenheit“, sondern eine Pflicht des Staates ist. **Der Staat ist geschaffen, damit er seinen Bürgern diene.** (Man schaue in die Geschichte des alten Ägyptens, des Zweistromlandes: Die Notwendigkeit von großen Bewässerungsarbeiten für die Erträge der Bauern brachte den Staat hervor. Dass inzwischen andere Kräfte sich des Staates bemächtigten, egoistische Interessen damit durchzusetzen, ändert an dieser historischen Tatsache nichts.) **Also ist es Pflicht des Staatswesens, sich zu organisieren, dass über die Teilhabe an der Arbeit jeder Bürger eine Arbeit hat.** Und wo das nicht der Fall ist, hat er den Bürger für diesen, seinen, vom Staat zu erbringenden Leistungsausfall, zu entschädigen! Dann erfüllte der Staat die Aufgabe, wofür er in der Geschichte einst geschaffen wurde – was unsere heutigen Herrschenden wohlweislich verschweigen und auch an den Schulen nicht lehren.

Was wäre Ausdruck eines solchen Bekenntnisses des Staates zu seiner eigentlichen Hauptaufgabe? Ein Recht auf Arbeit in die Verfassung aufzunehmen! Und danach zu handeln! Gehen wir zu den heutigen Bedingungen zurück, bedeutet das: Von unseren angenommenen 1000 Euro pro Arbeitslosen bräuchte man vielleicht 100 für eine Anzeigenzentrale für Arbeitsplätze und Arbeitssuchende sowie deren gegenseitige Vermittlung. Das wäre nicht so neu – nur das alte Arbeitsamt ohne komplizierte Verwaltungsstruktur wie heute. Und den Menschen wäre gedient. Wofür der Staat doch eigentlich geschaffen ist – oder nicht?

In der nächsten Ausgabe beschäftigen wir uns weiter mit den Bedürfnissen der Menschen.

Was Menschen wollen ..., und erfüllt werden könnte? (2)

Von Klaus Buschendorf

„Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist Sache der Wirtschaft.“ So tönt es im ganzen Blätterwald. Dem ist auch nicht zu widersprechen, Arbeitsplätze entstehen da, wo produziert, geforscht, ausgebildet wird. Doch eine Trennung der beiden Bereiche lässt denken, dass sie nebeneinander bestehen, zumindest gleichberechtigt seien. Aber das sind sie nicht, jedenfalls nicht von der Entstehung des Staates und seiner Aufgabe her! Der Staat hat in seiner Grundfunktion die Überordnung über die Wirtschaft! Das mag allen Menschen seltsam scheinen, da es bei uns nicht so ist. Die Politiker, die wir heute erleben, sind doch nichts als Marionetten der „Wirtschaft“ – und so auch der ganze Staat. Wir müssen leider heute erleben, dass der Staat missbraucht wird von geheimnisvollen wahren Mächtigen im Hintergrund! (Sehen Sie dazu den Link an:

<http://www.youtube.com/watch?v=ddhm3qpe7sg&feature=related>). Wenn wir im Sinne der einfachen Menschen wieder Ordnung haben wollen und der Staat seiner Funktion als Diener seiner Bürger (und nicht des Kapitals) nachkommen soll, muss er die Regeln für „die Wirtschaft“ setzen! Und diese Regeln müssen zuerst den Menschen und danach den Gewinnen der Unternehmen nützen. Handelt der Staat so und akzeptieren die Kapitaleigner

diese Verhältnisse und diese Regeln, kann er Einfluss nehmen, wie jeder Bürger nicht nur in Arbeit kommen, sondern auch eine Arbeit nach seinen Fähigkeiten erhalten kann!

Viel wäre hierzu noch zu sagen. Doch wollen wir es dabei belassen. Als Fazit sollte gelten: Der Staat hat solche Regeln für die Wirtschaft zu setzen, dass alle seine Bürger Arbeit erhalten. Und die gesetzliche Grundlage dazu wäre ein Recht auf Arbeit in der Verfassung. Es wäre noch viel zu sagen, doch verlassen wir die Existenzsicherung. Wenden wir uns

2. der Gerechtigkeit bei der Bewertung von Handlungen und Leistungen zu.

Das heutige Arbeitsleben ist vom Grundsatz der „Vertragsfreiheit“ geprägt. So sagen es jedenfalls die maßgeblichen Autoren unserer Massenmedien. Und das hat zur Folge, dass die „Vertragspartner“ das „Arbeitsentgelt“ individuell aushandeln dürfen. Nun ist kaum davon auszugehen, dass sich die „Vertragspartner“ dabei in gleichwertiger Lage befinden und damit ein gerechtes Ergebnis im „Vertrag“ herauskommen kann. Eine gesellschaftliche Organisation, die sich Staat nennt und dem Menschen dienen soll, müsste hier regulierend zum Schutz der Gerechtigkeit eingreifen. Dabei muss sie den Schwächeren schützen. Sie müsste die Prinzipien vorgeben, nach denen sich die Vertragspartner zu richten haben. Und eines der ersten sollte sein: **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**. Übrigens ist das eine uralte Forderung. Eine Begründung erübrigt sich wohl. Und das Prinzip der „Vertragsfreiheit“ sollte hinter dem gerechten Lohn für eine Arbeit zurückstehen müssen.

Arbeit soll das Leben sichern. Um wieder die Ungleichheit der „vertragschließenden Seiten“ mit dieser Forderung in Übereinklang zu bringen, sollte der Staat für einen **Mindestlohn** sorgen, der Dumpingbemühungen der stärkeren Seite von vornherein vereitelt. Ein Mindestlohn lässt auch an einen „Maximallohn“ denken. Bei den heutigen Verhältnissen zwischen Gehältern leitender Manager und einem „normalen“ Bürger ist nicht einzusehen, warum sich Spitzengehälter in astronomischen Verhältniszahlen zum Durchschnitt bewegen. Kein Mensch kann das Tausendfache eines anderen leisten? Doch solche Spitzengehälter existieren (und nicht wenige). Wo sollte ein „Maximallohn“ liegen? Ich habe die Rede von Johannes Rau, Expräsident der BRD, bei seinem Abgang vom Amt in Erinnerung. Er sagte damals sinngemäß: „... In der alten (Bonner) Republik betrug das Verhältnis der Bezüge eines Aufsichtsrates zum Lohn eines Durchschnittsverdieners 20 : 1. Das fand er entsprechend Leistung und Verantwortung für angemessen. Heute beträgt es 260 : 1. Das findet er unanständig. ...“ Die Zahlen selber sind nicht wichtig, allein die Verhältnisse sind es. Und die sind heute noch viel weiter gespreizt. Schlecht ging es den damaligen Aufsichtsräten sicher nicht. Sollte ein gerechtes Staatswesen nicht eine solche **Grenze beim Maximallohn** festsetzen? Ich fände sie gerecht und leistungsbezogen.

Es wird viele Einwände geben, dass das aufgrund der vielen verschiedenen Einkünfte doch gar nicht möglich ist, so etwas einzuführen. Ich bin der Meinung, dann muss man nachdenken, wie das zu machen sei. Die Gerechtigkeit in der Bewertung der Handlungen und Leistungen aller Menschen sollte diese weiter führenden Gedanken wert sein.

Damit möchte ich mich in der nächsten Folge beschäftigen.

Was Menschen wollen ..., und erfüllt werden könnte? (3)

Von Klaus Buschendorf

Gerechtigkeit bei der Bewertung von Handlungen und Leistungen – damit hatten wir uns in der letzten Folge beschäftigt und wollen es weiter tun. **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit,**

Minimallohn und Maximallohn hatten wir als erste Eckpunkte gefunden. Die Gestaltung eines Maximallohnes wird schwierig, schieben wir Gedanken dazu auf. Wie aber sollte die Gestaltung der Löhne zwischen den beiden Grenzwerten sein?

Das ist zunächst Sache der „Tarifpartner“, heißt das heute – und das wollen wir auch jetzt nicht ändern. Doch der Staat will Einkommenssteuern haben. Ein recht kompliziertes System soll Gerechtigkeit erreichen bei der Belastung nach dem Motto: Starke Schultern können starke Belastungen tragen. Über das Ergebnis brauchen wir nicht streiten: Seit Jahren tragen hohe Einkommen (starke Schultern) weniger, geringe Einkommen mehr Belastungen. Die Tendenz nimmt zu. So, wie es jetzt ist, geht die Schere zugunsten der Reichen immer weiter auseinander.

Wenn nun alle Einkommen einfach gleich versteuert würden, sagen wir zu 20 %? Ein Vergleich des Bruttosozialprodukts mit den Staatsausgaben zeigt, dass diese immer ein Fünftel des Einkommens unseres Landes (auch in anderen Ländern) ausmachen! Es wäre doch sicher einzurichten, dass mit Entstehen des Einkommens bei allen Bürgern (genauso wie es bei „Arbeitnehmern“ schon immer geschieht) automatisch 20 % sofort dem Staatshaushalt zugeführt werden – oder geht das nicht? Sagen wir nicht gleich: Geht nicht. Solch Reaktion tötet jede neue Idee.

Betrachten wir zunächst die Folgen, wenn es gehen würde! Wenn alle von ihrem Einkommen 1/5 sofort abgeben, brauchte es keine anderen Steuern zu geben! Keine Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Autosteuer ..., gar keine! Stellen Sie sich das große Finanzwesen unseres Staates vor – es würde kaum gebraucht! Das senkt die Staatsausgaben! Stellen Sie sich vor, dass Sie an der Tankstelle das bezahlen, was im Diagramm der Zusammensetzung des Benzinpreises ganz unten steht! Das aber wäre bei allen Preisen so. Eine solche Veränderung käme bei allen Bürgern an, vor allem aber bei den untersten Einkommen, die sie am nötigsten brauchen! Stellen Sie sich die vielen Vereinfachungen vor, die in den Rechnungen der Betriebe und Bürger untereinander die Folge wären! Das senkt die Betriebsausgaben! Und setzt Arbeitskräfte frei.

Müssen wir davor Angst haben? Sowohl im Finanzamt wie im Rechnungswesen leisten diese Arbeitskräfte keine produktive, sondern Verwaltungsarbeit. Diese muss von produktiver Arbeit erwirtschaftet werden. Das fiel weg. Man könnte in produktive Arbeitsstellen investieren und diesen Menschen neue Arbeitsstellen schaffen. Umschulungen, Mobilität wären nötig – aber das sind sie heute auch schon. Und eine kluge Lenkung, die das plant, wäre endlich eine echte Aufgabe für viele „Wirtschaftsforschungsinstitute“, welche sich mit „Marktforschung“ und anderen, produktiv recht wenig nützlichen Bereichen beschäftigen. Allein diese Aussichten sollten uns beflügeln, weiter über diese völlig andere Finanzierung des Staates nachzudenken.

Maximallohn ...? Wie soll das gehen? Betrachten wir zunächst Selbstständige. Gehen wir davon aus, dass sie ein Unternehmen leiten und Unternehmer sind. Sie nehmen sich heute in der Regel Privatentnahmen vom Rohgewinn als Lohn. Regeln wir das doch gesetzlich so, dass sie sich einen Unternehmerlohn zahlen statt Privatentnahmen. Der wird steuerlich nicht anders behandelt wie der eines „Arbeitnehmers“. Seine Höhe legen sie selbst fest, aber nicht höher als das Zwanzigfache vom Durchschnitt ihrer Angestellten. Gerecht gegenüber ihren Angestellten? Ich denke schon.

Selbstständig sind auch Freiberufler, Künstler, Profisportler. Sie erhalten Honorare. Ihr „Maximalhonorar“ sollte sich nach dem Durchschnittsverdienst der Region richten, in der sie

tätig sind. Und die Steuer kann bei Zahlung des Honorars gleich abgezogen werden, wie beim Arbeitnehmer.

Politiker? Der Bundeskanzler erhält selbstverständlich den Maximallohn – das Zwanzigfache vom Durchschnittslohn in der Bundesrepublik, alle übrigen werden entsprechend abgestuft.

Können Sie sich vorstellen, dass bei solcher Verfahrensweise die Gerechtigkeit in unserem Lande gewinnt, viel unnütze Verwaltungs- und Rechnungsarbeit gespart werden kann und Steuererklärungen für den einzelnen Bürger vielleicht gar gänzlich wegfallen könnten? Ich denke, diese Aussichten lohnen, weiter zu denken. Das wollen wir in der nächsten Folge tun.

Was Menschen wollen ..., und erfüllt werden könnte? (4)

Von Klaus Buschendorf

In den letzten Folgen haben wir über Gerechtigkeit in den Beziehungen der Menschen und praktische Möglichkeiten nachgedacht. Wir fanden fast nebenbei, dass sie eine Menge Vereinfachungen in den Verwaltungen zur Folge hätten und eine Menge Einsparungen des Staates. Wir beschäftigten uns mit den Bürgern. Es ist aber auch notwendig, über die Einbeziehung der Betriebe nachzudenken.

Auch Betriebe haben Einkommen, sie nennen sich Gewinne. Das Bruttosozialprodukt speist sich auch aus den Gewinnen der Betriebe, ihren Steuern. Was ist prinzipiell anders? Eigentlich nichts. Lassen wir auch die Betriebe 20 % von ihren Gewinnen Steuern zahlen, sie hieße dann Gewinnsteuer. Lassen wir auch sie so schnell wie möglich einziehen – dafür befreien wir sie auch von allen möglichen Abgaben und Gebühren, was ja auch alles nur versteckte Steuern sind. Und „Verbrauchssteuern“ fallen selbstverständlich auch für sie weg. Allerdings verzichten wir auch auf alle Subventionen, „Fördertöpfe“. Lassen wir „die Wirtschaft“ tatsächlich frei wählen, was „der Markt“ von ihr produziert haben will und korrumpieren wir sie nicht „von Staats wegen“ – was „dem Staat“ heute ja sowieso nur von Lobbyisten der Wirtschaft ins Ohr geblasen wurde. Fördern wir nur eine Gruppe von Unternehmern: Existenzgründer. Aber auch nicht mit „Fördergeldern“, sondern mit Erlass der Gewinnsteuer, befristet natürlich. Hat sich ihr Unternehmen gefestigt, eine festzustellende Größenordnung erreicht, wird das neue Unternehmen in die steuerzahlenden aufgenommen – das ist dann eine Ehre, eine Anerkennung. Nun trägt es mit bei zum Bruttosozialprodukt. Damit dies leichter geht, sollte ein Gesetz helfen, das „den Großen“ heute hilft, groß zu bleiben und „die Kleinen“ unten zu lassen: das Rabattgesetz. Es müsste neu formuliert werden und zwar: Mengenrabatte sind verboten. Das heißt z. B.: Die KWh kostet dem Privathaushalt das gleiche wie dem Betrieb, dem Großabnehmer ... usw.

Wir sind schon wieder beim Vereinfachen. Am Anfang hatten wir gefordert: Gleiche Arbeit, gleiches Geld. Nun stehen wir vor der Forderung: Gleiche Sache, gleicher Preis. Das wäre komplizierter zu bewerkstelligen – aber warum sollten wir uns nicht auf den Weg machen? Und weil wir beim Vereinfachen sind, kommen wir allmählich zu unserem dritten Anliegen:

3. ein überschaubares, sicheres Zusammenleben mit anderen Menschen

Wie wir unser Lohn- und Wirtschaftsgefüge (in Gedanken) radikal vereinfacht haben, können wir das auch mit unseren Gesetzen tun. Führen wir (wieder gedanklich) unsere Gesetze auf die Grundanschauungen zurück, welche die Kultur des Abendlandes prägten. Welche sind das? Die Zehn Gebote! Aus ihnen entwickelten sich die christlichen Tugenden der Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft, das Teilen mit Bedürftigen ...! Ich höre in meinen Ohren

schon den Hohn einiger Mitbürger, dass seien doch „Gutmenschen“, die es in unserer Gesellschaft zu nicht anderem als „Losern“ bringen! Ich bin aber der Meinung, dass daran nicht die heutigen „Gutmenschen“ und „Verlierer“ schuld sind, sondern unsere heute so verworren gestaltete Welt! Diese Umstände müssen wir ändern, damit alte, ja, christliche Werte wieder gelten und aus „Gutmenschen“ auch in unserem Verständnis wieder „gute Menschen“ werden! Wir müssen wieder lernen, dass „Ellenbogen“ eben nicht „nach oben“ bringen, sondern gute Leistungen, Pflichterfüllung und Hingabe. Und dazu ist es notwendig, dass Löhne und Einkommen nicht unbegrenzt nach oben wachsen können, weil dann der menschliche Ehrgeiz seinen Sinn verfehlt, auch andere anzuspornen, sondern nur der Machterwerb von der Gesellschaft anerkannt wird – und so kontraproduktiv für alle Menschen wirkt. Die Freude am Gestalten einer neuen Idee, am Erfinden neuer Maschinen, an der Arbeit in einem wirklichen Kollektiv – das kann den Menschen begeistern, jeden Einzelnen begeistern, ganz ohne „Durchsetzungswillen der eigenen Persönlichkeit“ und „Verdrängungswettbewerb“ – alles nur Worte, um Egoismus und Machtstreben zu beschönigen!

Diesen Worten und diesem Egoismus sollten wir die **Solidarität** entgegen setzen. Ich rede nicht nur von der Klassensolidarität unterdrückter Schichten. Ich meine damit die Solidarität in der gesamten Gesellschaft. Sie drückt sich im vorrangig im Verhalten gegenüber Kranken und Hilfsbedürftigen aus. Aus diesem Blickwinkel schließe ich also den Millionär nicht aus, ganz im Gegenteil! Er hat „starke Schultern“, könnte also vieles tragen. Doch will ich ihn nicht gleich überfordern, ihn nur erst mal gleich belasten. Wie? **Eine Kranken- und Rentenkasse für alle!** Und natürlich auch ein einheitlicher Beitrag, sagen wir 10 % vom Einkommen. Solange das nötig ist, denn: Es ist vorstellbar, dass die Entlastung der Staatskasse durch eine vereinfachte Verwaltungsstruktur (wie vorgeschlagen) so viel Geld übrig lässt, generell für alle Bürger beides kostenlos zu machen. (Übrigens: In Libyen hatte das der „Diktator Gaddafi“ schon geschafft!) Der Einwand, Konkurrenz belebe das Geschäft und müsste auch für Krankenkassen und Versicherungen gelten, ist dem normalen Menschen nicht zu vermitteln. Es geht um Geld, wenn konkurriert wird – nicht um Sorge für den Menschen! Also ist Konkurrenz im Gesundheitswesen völlig fehl am Platz. Genauso falsch ist sie im Bildungswesen – 16 Länder, 16 verschiedene Schulsysteme, da war das Deutsche Kaiserreich mit Bismarck schon weiter! Die Post brauchen alle, die Bahn – deshalb beauftragten schon habsburgische Kaiser eine Kaufmannsfamilie aus Regensburg mit der Einrichtung einer „Reichspost“ und adelten diese später zu den „Fürsten von Thurn und Taxis“. Solche zentralen Dienstleister sollten keiner Konkurrenz unterliegen, sie sollten den Status einer heutigen gemeinnützigen GmbH haben! (Natürlich auch die Bahn, und über andere Grundlagen unseres Gemeinwesens wäre auch noch nachzudenken.)

Das soll als Anregung für heute genügen. Es kommen weitere Folgen.